

Zweite Abtheilung.

Vereins - Zeitung,
redigirt vom Directorio des Vereins.

1) Zur Apothekenreform - Angelegenheit.

Preussens Apotheken-Verfassung und deren zu erwartende Reform. Ein Resultat der statt gehaltenen officiellen Verhandlungen nichtbesitzender Apotheker. Verfasst von O. A. Ziurek. Berlin 1850.

Nachdem bereits im Januar 1845 eine von der Regierung zusammengerufene Commission der besitzenden preussischen Apotheker vom Ministerium Eichhorn vernommen war hinsichtlich ihrer Ansichten und Wünsche für die Reform des Apothekenwesens, liess der Minister v. Ladenberg im April mehrere nichtbesitzende Apotheker zusammenrufen, um auch deren Ansichten und Wünsche zu vernehmen. Unter den Berufenen befand sich der Verfasser, welcher dem pharmaceutischen Publicum bereits durch eine frühere Schrift über pharmaceutische Verhältnisse bekannt geworden ist. Der Verf. sagt S. 2 dieses Schriftchens:

»Die ihre Berufung motivirende nähere Ursache legte den technischen Mitgliedern die Verpflichtung auf, zu erörtern, in wie weit die in der jetzigen Gestaltung des Apothekenwesens geschaffene Stellung der nichtbesitzenden Apotheker ausser Einklang mit ihren Anrechten stände. Folgend aus dieser und dem regen Wunsche, ihren Standesgenossen eine dereinst mehr von ihrer wissenschaftlichen und praktischen Fähigkeit, als von dem Besitz pecuniärer Mittel abhängige Stellung zu verschaffen, war es ihre speciellere Tendenz, Maassregeln zu empfehlen, innerhalb deren eine solche möglich werden konnte. So bestimmt, wie sich die Versammlung dieses ihres speciellen Zweckes bewusst war, eben so fern lag ihr jede einseitige, jede andere, als die aus der organischen Entwicklung des Standes hervorgehende Förderung der Interessen ihrer nichtbesitzenden Standesgenossen. Die Förderung der Entwicklung der Pharmacie war ihr allein hiezu Mittel zum Zweck.«

Die Tendenz der Schrift geht nun dahin, den Zweck, die Förderung der allgemeinen Entwicklung der Pharmacie, zu fixiren.

Es wird nun zuerst hervorgehoben, dass ein in seinen Grundbeziehungen streng und bestimmt bezeichnetes Verhältniss der Pharmacie zum Staate ein anerkanntes Bedürfniss geworden sei. Seit den Jahren 1810 und 1811 habe in Preussen das Apothekenwesen eine exclusive Stellung innerhalb der gewerblichen Institute zugewiesen erhalten. Diese Stellung sei aber eine mehr unbestimmte, als die jedes

andern Standes geblieben. Schon in den frühesten Zeiten sei die Stellung der Apotheker eine andere, als der blossen Gewerbetreibenden gewesen, besonders durch die aufgestellten Begrenzungen in der Ausübung des Faches und die verordneten Prüfungen. Durch Privilegien wurden den Gewerben bestimmte Grenzen gezogen, so auch der Pharmacie, denen jedoch **zweiertei mangelte**: die Exclusivität und die ihrer Verleihung unterliegende Absicht zur alleinigen Förderung der materiellen Erwerbsquellen des Besitzers. Die Privilegien der Apotheker waren also verschieden von andern Gewerbsberechtigungen. Das Gewerbegesetz in Preussen vom 2. November 1810 und das die Apothekenverhältnisse ordnende Gesetz vom 24. October 1811 liessen die jedes gesetzlichen Rückhaltes entbehrende Gestaltung der pharmaceutischen Verhältnisse hervortreten.

Von da an habe sich ein Contrast des Apothekenwesens zu andern Gewerbe-Instituten gebildet. Seitdem bis jetzt hätten alle gesetzlichen Bestimmungen den Apothekern ein wirklich principiell gegründetes, allgemein beziehendes, gesetzliches Verhältniss nicht zu schaffen vermocht. Bei der hervorgerufenen allgemeinen Gewerbefreiheit habe man die Apotheken in die Kategorie gestellt, in welcher eine Nachweisung der Befähigung verlangt wurde.

Consequent mit der allgemeinen Gewerbefreiheit hätte diese auch auf das Apothekengeschäft ausgedehnt werden müssen. Das geschah aber nicht. Eine Verfügung vom 8. Juni 1810 habe die Rückwirkung des Gewerbegesetzes auf die Apotheken sistirt, eine rein administrative Maassregel. Auch das Gesetz vom 24. October 1811 war nur ein Palliativmittel, ein Neubau mit schwankender Grundlage, wodurch die legale Begründung der Realberechtigungen in Frage gestellt war. Hieraus sind die vielen späteren Wirrnisse hervorgegangen. Die einzelnen Ministerien waren abweichender Meinung hinsichtlich der Geltung der Apotheken-Privilegien; das Finanz-Ministerium und der Fürst Staatskanzler Hardenberg erklärten die Apotheken-Privilegien, Realgerechtsame, für fortgeltend, also nicht aufgehoben. Kein neues Gesetz ordnete aber diese Verhältnisse in bestimmter Weise. Dieses ward ein Nachtheil für die neu entstehenden Apotheken. Man knüpfte die Anlage an das Bedürfniss.

Schon nach dem Erscheinen des Gewerbegesetzes 1810 und 1811 hatten einzelne Behörden die Ansicht, dass die Apotheken-Concessionen nur persönliche Rechte sein sollten. Die legale Begründung unterblieb bis zum Jahre 1842. Diese selbst gefährdete die Existenz der Apotheken und trug die Unhaltbarkeit in sich. Man hoffte einen günstigen Erfolg auf die Preise der Apotheken und der Arzneimittel und zeigte damit nur, dass man ohne Prüfung vom technischen Gesichtspuncte aus verfahren hatte.

Ebenso war auch das Grundverhältniss der Pharmacie ein unbestimmtes. Es fehlte der gesetzliche Ausdruck für die Bedeutung und Stellung der Pharmacie, der consequenter Weise nicht hätte fehlen dürfen.

Im Jahre 1815 verlangte die Regierung die Begründung von Principien für die Feststellung der Arzneitaxe. Die Beauftragten, Apotheker Schrader und Staberoh, vollzogen die Aufgabe unter den schwierigen Verhältnissen mit grosser Einsicht, und legten so einen Grund zur staatlichen Garantie für die Anerkennung der Fürsorge um die Existenz der Apotheker. Im Jahre 1831 ward eine neue Commission zur Abfassung einer neuen Taxe berufen. Man wollte eine

Taxe, welche nur ein Schutz gegen Uebertheuerung des Publicums sein sollte, ähnlich den Gewerbesteuen. Der Minister Stein zum Altenstein war entgegen. Er erklärte das preussische Apothekenwesen für das vollkommenste in Europa, und dass die Apotheker eine sehr wissenschaftliche Bildung besäßen, ohne sich dabei zu überheben. Er sähe darin eine Folge der ganzen Behandlung des Apothekenwesens. Aufmunterung durch Schutz zu rechtem Erwerb, strenge Prüfung der Qualifikation, vielfache Controle, mehrfache Beschränkung durch die Taxe und das Verbot des Selbstdispensirens haben zusammengewirkt. Altenstein hat ferner ein sehr richtiges Wort gesprochen, indem er sagte: »Man ist so sehr geneigt, eine Wissenschaft in ihrer Wirksamkeit als hoch über alles Gewerbe stehend zu betrachten und eine andere als blosses Gewerbe zu betrachten. Die Folge ist, dass da, wo letzteres eintritt, die Wissenschaft oder das höhere Gewerbe verschwindet, und dass auch die Ahndung der Wissenschaft verloren geht, so dann allerdings nur ein reines Gewerbe übrig bleibt.« Er sprach ferner aus, dass er es sehr bedenklich halte, die Pharmacie aus ihrer bisherigen Bahn zum Gegenstande einer blossen Geldspeculation zu machen, dass der Apotheker nicht mehr das Beste und Ausgezeichnetste, sondern nur das Nothdürftige und Wohlfeilere liefere, und ihn zu gewöhnen, nicht die Befriedigung seiner Kunden, sondern den Kampf gegen seine Collegen zur Hauptsache zu machen. Der Zustand des Apothekenwesens stehe in genauem Zusammenhange mit dem Zustande der Heilkunst, und beide müssten, sollten sie wohlthätig sein, nicht als Gewerbe, sondern der Wissenschaft und Kunst zu Ehren betrieben werden. Goldene Worte zu Gunsten der Pharmacie, schade dass ihr Inhalt so bald wieder ausser Augen gelassen wurde. Noch heute besteht die Unsicherheit der Stellung der Pharmacie; der Staat muss, sagt Ziurek, über die Frage der Nothwendigkeit und der Intensität des Zusammenhanges der Pharmacie mit sich klar werden, um das sich ergebende Princip zu sanctioniren, aus diesem die Geltung und Berechtigung der Apotheken festzustellen und die Pflichten und Rechte des Apothekers daraus herzuleiten, zur Erfüllung der Pflichten die entsprechende Erziehung und die Mittel zu seiner Existenz zu gewähren.

Der Staat hat die Entwicklung der Pharmacie zu fördern zum Wohle seiner Bürger, und hat demnach zu erforschen, in wie weit die wissenschaftliche Pharmacie dem Zwecke des Staates entspricht, und von diesem Standpunkte aus die weiteren Fragen über die Pharmakopöe, die wissenschaftliche und praktische Ausbildung der Apotheker als Garantie für die strenge Erfüllung des Berufes, das Verhältniss der Arzneitaxe, die Vertheilung der Apotheken etc. zu erörtern. Es wird die preussische Pharmakopöe die rationellste von der Welt genannt, aber gewünscht, dass, um die sich dennoch findenden Mängel zu beseitigen, eine permanente Kritik durch eine aus Männern der Wissenschaft wie Praxis bestehende Behörde ausüben zu lassen. Es wird hier erwähnt, dass man bei Beurtheilung der Medicamente sich nicht auf den Standpunkt eines Apothekers stellen dürfe, der wegen 6 oder 7 ihm bekannter Fälle von Contraventionen die Millionen Fälle übersehen wolle, wo keine Contraventionen statt fanden. Der Standpunkt der wissenschaftlichen Pharmacie in Preussen wird ein günstiger genannt, ohne das Mangelhafte nicht anzuerkennen. Selten aber werden die vorkommenden Mängel Folgen sein von Gewinnsucht, eher von Nahrungssorgen des Apothekers.

Man habe zu wünschen eine noch entsprechendere Garantie für die pharmaceutisch wissenschaftliche und praktische Ausbildung, eine nähere Feststellung der Thätigkeit des Apothekers innerhalb seines Berufes, eine genauere Ueberwachung und strengere Ahndung vorkommender Vergehungen.

Es wird mit allem Rechte erwähnt, dass der Vorwurf, den man der Pharmacie hin und wieder mache, als sei sie in Beziehung zur Wissenschaft weniger thätig, unrichtig sei, da im Allgemeinen die Ausbildung der Pharmaceuten höher stehe, als ehemals, und einen grösseren Werth habe. Gleichwohl sei sie selbst in Preussen noch keine vollendete, wofür noch das System zur Erziehung und die selbstständige Leitung und Ueberwachung derselben fehle. Es gebe sich das zu erkennen bei den unwissenschaftlichen, unpraktischen Ansprüchen des Gehülfen-Examens. Wenn man die Laufbahn der Theologen, Juristen, Philologen und Mediciner vergleiche mit der des Apothekers, so würde man ein besseres System der Erziehung zu Gunsten der erstgenannten nicht verkennen können. Kurz, die Ansprüche an den Apotheker seien von vornherein zu gering. Es mache sich also wünschenswerth: Ein auf wissenschaftliche Grundsätze und praktische Erfahrungen gegründetes System der Erziehung und kompetentere Behörden zur Ueberwachung derselben.

Aus der Betrachtung der Arzneimittelpreise findet Ziurek als Resultat: »dass die Preise nicht zu hoch sind, und eine Erniedrigung derselben jetzt weder nothwendig, noch billig, noch rathsam sei«.

Ferner wird herausgestellt, dass die Anzahl der Apotheken in Preussen noch zu gering, die Vertheilung unrichtig sei.

Die preussische Arzneitaxe entbehre bis jetzt jeder prägnanten Bezeichnung des Principes.

Die Principe über die Anlegung neuer Apotheken seien mangelhaft, so lange der Begriff »Bedürfniss« nicht festgestellt sei.

Das gegenwärtige Tax-System steigere die Preise der Apotheken *ad infinitum*. Man habe im Jahre 1815 den Werth des Privilegiums eines Geschäfts von 10,000 Thlr. Umsatz zu 6000 Thlr. abgeschätzt, im Jahre 1833 zu 15,000 Thlr., und gegenwärtig sei der Werth 35,000 Thlr. Der Staat habe die hohen Preise, indem er sie gelten liess, indirect gebilligt. Sonach seien immer höhere Arzneipreise nöthig und die Zugänglichkeit der Arzneimittel für das Publicum sei nicht gefördert. Der Verf. fordert demnach: Eine genaue Uebereinstimmung der Arzneimittel mit ihrer legalen Beschaffenheit, eine grössere Fähigkeit der Apotheker als Garantie für Erfüllung ihres Berufs, grössere Zugänglichkeit der Arzneien, tadellose Beschaffenheit bei verminderten Preisen und bessere Vertheilung der Apotheken.

Was nun die Mittel zur Beseitigung der angeführten Mängel betrifft, so habe, sagt der Verf., in der Solon-reichen Zeit es auch für die Reformen der Pharmacie nicht an Vorschlägen gefehlt. Im Allgemeinen liessen sich diese Vorschläge auf drei specielle Richtungen zurückführen: Entweder der Staat beharrt auf seinem gegenwärtigen Systeme, dass die pharmaceutischen Institute unter der unmittelbaren staatlichen Ueberwachung ihrer Erziehung, Ausbildung ihres Berufes und Bestimmung der Taxe, die freie Vermittlerin der Wissenschaft mit den hierauf bezüglichen Bedürfnissen sein lässt, — oder der Staat nimmt den Apotheken ihren gewerblichen Charakter, er schafft aus ihnen Staatsanstalten, in denen er durch Beamte die Arzneien bereiten lässt, — oder endlich, der Staat hebt jeden directen Zusammenhang mit der Pharmacie auf, erklärt die Apotheken für rein gewerbliche

Anstalten, innerhalb welcher er in Betrieb und Anlage freie Concurrenz gestattet.

Der Verf. bespricht sodann den Umstand, dass das Publicum nicht im Stande sei zur Beurtheilung der Medicamente, dass demnach die Anwendung und Zubereitung der Arzneien, die Garantie für ihre Beschaffenheit und Bestimmung ihres Werthes immer Sache der Wissenschaft bleiben werde und nie des freien Verkehrs sein könne.

Der Staat kann sich nicht wohl der Ueberwachung der Apotheken begeben, er kann hierin keine Rückschritte thun und die Gewerbefreiheit und freie Concurrenz in derselben nicht gestatten.

Hierauf kommt Ziurek zur Beurtheilung der Ansichten und Vorschläge Körber's, Jack's u. s. w., welche meinen, dass das Geldinteresse vom Geschäftsbetriebe der Apotheken entfernt werden müsse, um dem Publicum grössere Sicherheit zu bieten. Er bemüht sich zu erweisen, dass auch der Staat, wenn er wirklich die Apotheken zu seinem Eigenthum machen wollte, sein eigenes Geldinteresse nie ausser Acht lassen könne, so zwar, dass im Allgemeinen die Rückwirkung des Geldinteresses auf die von Seiten des Publicums zu zahlende Entschädigung gleich bleiben würde.

Die von einigen Idealisten ausgesprochene Hoffnung, dem Publicum für die Arzneien gleiche Bürgschaft von Seiten des Staates zu gewähren, als durch die Justiz für seine Rechte, bezeichnet der Verf. als ein gänzliches Verkennen der Grundlagen der menschlichen Gesellschaft. Man dürfe von dem Pflichtmaasse der Beamten, als Apotheker, gewiss nicht mehr hoffen, als von der durch das Geldinteresse bestimmten Thätigkeit des Apothekers. Das Geldinteresse sei die allgemeine Triebfeder sämtlicher Thätigkeiten des Menschen. Dasselbe habe auch für das Gemeinwohl seinen grossen Nutzen gehabt und sei Ursache geworden vieler, sehr nützlicher Entdeckungen, und sicher könnten die gewiss seltenen Fälle von Contraventionen von Seiten der Apotheker wenig ins Gewicht fallen gegen die Millionen Fälle, wo solche nicht vorgekommen; es müsse die erhobene öffentliche Beschuldigung eines ganzen ehrenwerthen Standes mit ihrem ganzen Gewichte auf den Urheber zurückfallen. Es leide gar keinen Zweifel, dass das Geldinteresse des Apothekers das Pflichtgefühl des Beamten bei weitem überwiegen müsse.

Es wird nun die Körber'sche Idee weiter auseinander gesetzt, bei deren Verfolgung wir uns nicht weiter aufhalten wollen, weil sie unsern Lesern aus der Schrift selbst und unserer Beleuchtung im Archive bekannt sein wird; wir haben sie dort, ungeachtet sie Beifall bei hochgestellten Medicinalbeamten gefunden hatte, eine vollkommen unausführbare genannt, und aus dem Beifall, den sie dennoch hier und da finden konnte, ersehen, wie schwierig die richtige Beurtheilung pharmaceutischer Verhältnisse für nicht gehörig Sachkundige ist, woraus abermals die Nothwendigkeit der Uebertragung der Repräsentation der Pharmacie an Pharmaceuten sich aufs klarste ergibt.

Der Verf. erklärt, dass der Staat um so mehr seine Pflicht erfüllen, um so mehr seinen Zweck fördern werde, wenn er möglichst entsprechend die Vermittelung der Pharmacie mit dem Gemeinwesen geschehen lasse, unter dem Schutze vor Concurrenz und unter der indirecten Gewähr eines gewissen Gewinnes.

Sonach habe der Wirkungskreis der Pharmacie, die Form und das Wesen der Apotheken, die Pflichten der Apotheker, ihre Erziehungs- und Ausbildungsweise, die Ueberwachung dieser Verhältnisse

von Seiten des Staats, die Subsistenzmittel der Apotheker, ein Recht auf gesetzliche Bestimmungen in den Grundgesetzen des Staats.

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Besprechung der Ministerialdenkschrift, verfolgt die Auseinandersetzung der verschiedenen Gesichtspunkte der Privilegien- und Concessionsrechte preussischer Apotheken in verschiedenen Landestheilen. Es folgt daraus der Ausspruch, dass alle gegenwärtig bestehenden Apotheken qualificirt seien zur Veräusserung, Vererbung und Uebertragung an befähigte Apotheker, dass sie als dauernde vom Staate in seiner Totalität anerkannte Rechtsobjecte zu betrachten und ihrer Eintragung ins Hypothekenbuch nichts entgegenstehe.

Was nun die neu zu errichtenden Apotheken betreffe, so sei dabei vorzüglich der allgemeine Zweck des Staates ins Auge zu fassen, aus diesem eine grössere Zugänglichkeit der Arzneien vorzubereiten, hierauf von Seiten der Oberpräsidenten zu sehen, also, dass die Anlage neuer Apotheken möglichst erleichtert werde.

Wir erlauben uns hierbei zu bemerken, dass, soll die Erwägung aller Verhältnisse geschehen, man die Lage der benachbarten Apotheken wird in Betracht ziehen und als Rath gebend die Prüfung durch Apotheker nicht wird entbehren können, nicht aber bloss sich ein Urtheil bilden dürfen aus den Gutachten der Kreisphysiker und Ortspolizeibehörden. Bei Verleihung der Concessionen sollen die Verdienste der sich meldenden Pharmaceuten berücksichtigt werden. Es wird dabei der schwierigen Stellung der Apothekergehülfen gedacht, zehnjährige Dienstleistung zur Qualification für Empfang einer Concession gewünscht, vom Tage des Gehülfenexamens angerechnet, was gewiss eine billige Forderung ist, die für die Bescheidenheit des Verfassers Zeugnis ablegt. Es folgt eine Besprechung des neuen Entwurfs über Errichtung von Apotheken (*s. dies. Arch. Bd. CXIV. Heft 2. p. 209*). Der Verf. ist mit der Hingabe an den Meistbietenden nicht einverstanden und erwähnt, dass der Staat die Verleihung von keiner andern Bedingung, als der Qualification der Bewerber abhängen lassen dürfe.

Der Verf. folgert nun aus jenem Entwurfe, dass, da der Staat die Concessionen verkaufen wolle, so erwachse dem Concessionair daraus der Vortheil des Besizes eines ansehnlichen Werthes, auf den er in solchem Grade kein Recht habe. Dieses sowohl, als die gegenwärtig nicht zu paralysirenden Mängel der Arzneitaxe gäben dem Staate das Recht, ja die Pflicht, den der Gesamtheit gewissermaassen entzogenen Capitalwerth den Apothekenbetriebs-Berechtigungen wieder zuzuwenden. Dieses würde aber durch die für neue Concessionen zu erhaltenden Summen nur mit einem kleinen Theile geschehen. Der eigentliche Zweck der Concessionen, die Verminderung des durch die Arzneipreise zu verzinsenden Gesamtcapitalwerthes der Apotheken, der dadurch möglichen Verminderung der Arzneimittelpreise, wäre damit um keinen Schritt näher.

Um eine Verringerung des Gesamtcapitals des Apothekenwerthes ohne merkbare Verletzung der Interessen der gegenwärtigen Apothekenbesitzer, um eine grössere Vertheilung der Apotheken, eine mit der Zeit eintretende Verringerung der Arzneipreise zu erreichen, könnte der Staat einen Weg einschlagen, den kein principielles und kein gesetzliches Hinderniss im Wege stehe; einen Weg, der dem Wesen der Pharmacie entspreche und ihre Entwicklung zu fördern im Stande ist,

und endlich auch allen begüterten tüchtigen Pharmaceuten Sicherung ihrer Existenz böte.

Dieser Weg soll nun der folgende sein: »Der Staat fixire die gegenwärtigen Preise der Arzneimittel, aber nach einem die allmälige Verringerung der Arzneimittelpreise bedingenden Systeme.«

»Der Staat entscheide in der schon angedeuteten Weise über das Bedürfniss neuer Apotheken-Anlagen, und ebenso über die Wahl der Concessionaire.«

»Der Staat lasse die Einrichtung der neu zu errichtenden Apotheken aus eigenen Mitteln und ganz in der vorgeschriebenen Weise geschehen.«

»Der Staat betrachte die errichteten Apotheken als sein Eigenthum. Derselbe lasse in dem Betriebe der Apotheke und der Stellung des Apothekenvorstandes keine mit der gegenwärtigen contrastirende Richtung eintreten.«

»Der Staat gestatte dem Vorstände der Apotheke wie bisher eine reine Revenüe von 20 Procent des Umsatzes als Gehalt, 50 Procent zur Deckung der Betriebskosten und 30 Procent als Ertrag seiner Institute.«

Wir bezweifeln, dass für den Staat diese 30 Procent übrig bleiben werden: denn mit 50 Proc. dürften, will der Staat auch die Zinsen berechnen, noch nicht alle Kosten gedeckt werden.

So auffallend nun eine solche Maassregel erscheint, so soll sie sich doch in jeder Beziehung rechtfertigen lassen, meint Hr. Ziurek: denn der Staat soll somit eine klare, rückhaltslose Einsicht in den Geschäftsbetrieb der Apotheken, einen sichern Anhalt für die Bestimmung des Gewinns der Apotheke und der Arzneipreise und in dem reichlichen Ertrage seiner Institute die Mittel gewinnen zur Unterstützung wissenschaftlicher Entwicklung der Pharmacie.

Wir meinen mit Link: »Der Staat solle keine Gewerbe treiben, sondern sie Privatleuten überlassen, und nur allen Nachtheilen derselben wehren!«

Es werden durchschnittlich 12,000 Thlr. Anlagekosten für eine Apotheke berechnet, und 50 sollen für's erste auf solche Weise gegründet werden. Der Ertrag jeder dieser wird mit 5000 Thlr. berechnet, was jedenfalls viel zu hoch gegriffen ist: denn die Basis, Schacht's Medicinaltaxe (*Arch. der Pharm.* Bd. CVII. Heft 1. p. 122) hat durch eine briefliche Mittheilung von Hrn. Schacht selbst eine ansehnliche Modification erlitten, indem der Verbrauch der Arzneien pr. Kopf nicht mehr zu 20 Sgr. und 15 Sgr., sondern nur zu 10 Sgr. angeschlagen wird, wodurch dann die Zahlen um die Hälfte erniedrigt werden müssen, und Hrn. Ziurek's Zahlenwerthe gleichfalls eine Moderation um 50 Proc. erleiden, wonach natürlich die Sachlage eine veränderte wird.

Der Verf. meint, dass nach der Vermehrung der Einwohnerzahl die Anzahl der Apotheken sich jährlich um 10 vermehren liesse. Den sich ergebenden Ueberschuss soll der Staat zum Ankauf der Apotheken anwenden, soll sonach im 11ten Jahre im Besitz von 140 eigenen Apotheken sein, welche ihm alljährlich 120,000 Thlr. eintragen müssten. Leider beruht diese ganze Rechnung auf falschen Voraussetzungen, und es bedarf einer umsichtigen, auf den ganzen Staat ausgedehnten Ermittlung, da die Aufstellung des Hrn. Schacht, wie er ausdrücklich erklärt hat, nur aus dem Gesichtspuncte eines Apothekers in Berlin und mit Berücksichtigung der Verhältnisse daselbst geschehen

war. Wir können die Uebernahme der Apotheken von Seiten des Staats nicht rathlich finden, und müssen unsere Meinung festhalten, dass die Pharmacie in zweckmässiger Ueberwachung des Staats durch sachkundige Fachgenossen, aber in sonst möglichster Freilassung von allen staatlichen Eingriffen, am besten gedeihen und den grössten Nutzen schaffen werde. Der Verf. hofft, dass durch Ausführung seines Vorschlages die wissenschaftliche Richtung der Pharmacie ausserordentlich gefördert werden würde, ein Ausspruch, dessen Bewahrheitung wir abwarten wollen.

Was aber den Durchschnitt des Umsatzes der Apothekengeschäfte betrifft, so halten wir ihn für mehr als um die Hälfte zu gross angenommen. Wir kennen ein Ländchen, welches bei 50,000 Einwohnern 10 Apotheken enthält, welche zusammen höchstens 25,000 Thlr. Umsatz machen, keine über 4000 Thlr., einige kaum über 1000 Thlr.

Dass der Staat den Apothekern untersagen solle, sich bei öffentlichen Aemtern zu betheiligen, lassen die jetzigen Verfassungen nicht zu, wo der Ablohnende selbst seines Wahlrechts verlustig werden soll, wie hier und da festgestellt ist. Uebrigens würden viele Apotheker selbst wünschen, dass man sie weniger aus ihrem Berufe zur Uebernahme solcher Aemter abrufen möchte.

Dass die Nebengeschäfte für Apotheken mit kleinem Umsatze oft ein nothwendiges Uebel sind, erkennt auch der Verf. an. Die Ansicht, dass der Staat bei besserer Vertheilung der Apotheken, wenn sie möglich sein wird, auf solche Apotheken vorzüglich Rücksicht nehme, ist von mir und Andern schon mehrfach ausgesprochen worden; ebenso, dass Filial-Apotheken besser seien, als zu kleine selbstständige.

Dass die Apotheken die einzige Quelle für die Entnahme von Arzneimitteln sein sollten, und Contraventionen nicht geduldet, geschweige gesetzlich und sanctionirt, ungesetzlich aber durch Nachlässigkeit und Saumseligkeit der Medicinalpolizei gefördert werden sollten, wäre in der Ordnung, doch die Apotheker haben dieses wiederholt und seit langen Jahren leider ohne genügenden Erfolg geltend gemacht. Man hat gegen die Apotheker sich Eingriffe erlaubt, die manches Existenz fast vernichtet hat, aber die Klagen sind selbst in Preussen an einzelnen Orten, z. B. in Westphalen, gegen selbstdispensirende homöopathische Laien unbeachtet geblieben.

Ebenso ist es mit dem zur Sprache gebrachten Detailhandel der Krämer, Kaufleute und Droguisten mit Arzneimitteln. Seit Jahrzehenden haben die Apotheker Klage geführt, aber oft vergebens. Man hätte in Deutschland einige hundert Apotheken mehr errichten, dem Publicum überall die Arzneien zugänglicher, und zwar zu billigeren Preisen, machen können, wenn man solchem Unfuge zeitig gesteuert haben würde. Hierauf überall und mit Nachdruck hinzuwirken, sollten sich alle Pharmaceuten zur heiligsten Pflicht machen: denn darin liegt der Grund oft geringer Geschäfte, des Missmuths mancher Apotheker, das Sinken ihrer Lust zur emsigen Berufserfüllung, und woher dieses Alles? weil die Apotheker nicht gefragt und ungefragt nicht gehört wurden.

Für die Unterweisung der Zöglinge verlangt der Verf. das Richtige und Nöthige; der Universitätsbesuch wird mit Recht gefordert. Die Prüfung durch den Kreisphysicus beim Eintritt in die Lehre wird für überflüssig erklärt; sie geht nur von einem vollständig überflüssigen Bevormundungssystem aus, das besser wegfiel. 3 – 4 Jahre Lehrzeit ist vollkommen hinlänglich. Die Prüfung am Schlusse der Lehrzeit

verlangt das, was man fordern darf. 3 Jahre Servirzeit sind eher zu wenig als zu viel. Die Erfordernisse beim Staatsexamen verlangen das, was man in der Jetztzeit zu verlangen berechtigt ist. Es soll nur Apotheker einer Classe geben.

Als Theorie eines Tax-Systems wird aufgestellt, dass der Staat das der Pharmacie zu gestattende Aequivalent aufsucht, die Betriebskosten ermittelt, die reine Revenüe der Apotheken kennen lernt.

Der Verf. hofft, dass in der nächsten Zeit 1500 Apotheken im preussischen Staate bestehen sollen.

Der Verf. will die Apotheker zur strengen Buchführung und Vorlegung an den Staat verpflichten. Eine solche Verpflichtung vermag ich nicht anzuerkennen, auch nicht das Recht dazu. — Der Verf. will, dass 63 von den in die Pharmacopöe aufgenommenen Arzneistoffen im Preise erhöht, 279 aber erniedrigt werden sollen. Er verlangt eine gewisse Entschädigung für die Anfertigung jeder Arznei. Der Handverkauf ist die rein merkantilische Seite, und seine Ermittlung ist nicht Gegenstand der Behörde, wenigstens nur in so weit, dass der Apotheker nicht gegen das Gesetz fehlt.

Alle Aufsicht über die Apotheken durch Aerzte soll aufhören und Apothekern übertragen werden, was das allein Richtige sein würde.

Die Behörden sollen zerfallen in:

A. Wissenschaftliche. 1) Provinzial - Examinations - Commission; Zweck: Prüfung der Candidaten; Zusammensetzung: 1 Reg.-Med-Rath, 2 Apotheker. 2) Ober-Examinations-Commission; Zweck: Prüfung der Apotheker; Zusammensetzung: 1 Ministerialrath, 3 Professoren der Universität, 3 Apotheker.

B. Consultative. 1) Medicinal-Collegium der Provinzen; Zweck: gerichtlich-pharmaceutische Gutachten, Beurtheilung der pharmaceutischen Erziehungs- und Ausbildungsweise in der Provinz, Untersuchung der für das Allgemeinwohl wichtigen Gegenstände, Zusammensetzung der die wissenschaftliche Entwicklung der Pharmacie betreffenden Momente. — Zusammensetzung: Oberpräsident, 3 andere Beisitzer, 1 pharmaceutischer Medicinalrath. 2) Medicinal-Ministerial-Commission; Zweck: entscheidende consultative Instanz für alle Medicinal-Angelegenheiten des Staates; Zusammensetzung: 1 Ministerialrath, 3 Professoren der Naturwissenschaften, 3 Aerzte, 3 Apotheker. Innerhalb dieser Ministerial-Commission und gebildet aus ihren Mitgliedern: a) Wissenschaftlich-pharmaceutische Commission; Zweck: die Förderung der allgemeinen pharmaceutischen Entwicklung, Förderung der Intensität der Pharmacie mit dem Gemeinwohl, Prüfung der Grundbeziehungen, dauernde Kritik der Pharmacopöe, der Apotheker-Gesetze, Superarbitria in den gerichtlich-pharmaceutischen, von den Medicinal-Collegien der Provinzen gefällten Urtheilen; Zusammensetzung: die der Ministerial-Commission. b) Technisch-pharmaceutische Commission; Zweck: Entscheidung aller technisch-pharmaceutischen Angelegenheiten; Zusammensetzung: 1 Ministerialrath, 3 Apotheker. c) Tax-Commission; Zweck: Emanirung einer möglichst vollkommenen Arzneitaxe und deren dauernde Vermittelung mit den hierauf influirenden Verhältnissen wissenschaftlicher Entwicklung und commerzieller Beziehungen; Zusammensetzung: 1 Ministerialrath und 3 Apotheker.

C. Executive Behörden: 1) Ein als Regierungsrath fungirender Apotheker. Function: Handhabung aller pharmaceutisch-executiven Maassregeln innerhalb der Provinz, der pharmaceutischen Polizei, der

Disciplinargesetze, Leitung der Apotheken-Revisionen in der Provinz, Begutachtung der Anlage neuer Apotheken. Beurtheilung der Zulassungsfähigkeit zur Uebernahme schon bestehender Apotheken. Gehalt eines Regierungsraths und Diäten für einzelne Functionen. 2) Ein vortragender Rath des Ministeriums, dessen Ressort die Vertretung und die executive Leitung der pharmaceutischen Angelegenheiten an der höchsten alle Medicinal-Angelegenheiten umfassenden executiven Behörde, dem Ministerium der Medicinal-Angelegenheiten ist.

Die als Mitglieder der gedachten Commissionen angestellten Apotheker können sämmtlich Apothekenbesitzer sein, was sogar zu wünschen ist, da der Gehalt nur gering sein soll. Die als Regierungsräthe angestellten Apotheker sollen bei der Erfüllung ihrer Amtspflicht von jeder Rücksicht fern gehalten werden und ausreichend besoldet werden. Wir würden wünschen, dass sie, wenn nicht noch, doch Apothekenbesitzer wären, um eben eine totale Einsicht in alle Details der Leitung der Apotheken zu haben, die ein Nichtbesitzer niemals haben kann.

Bei dem als Ministerialrath fungirenden Beamten soll es wünschenswerth, aber nicht gerade nöthig sein, dass er Apotheker gewesen ist. Wir halten das gerade unumgänglich nothwendig, weil ohnedem die rechte Spitze der sachkundigen Vertretung fehlen würde. Die Revisionsbehörden bestehen aus einem Regierungsrathe und einem Apotheker. Bei den letztern würden wir die Zuziehung des Kreisphysicus für gut halten, um den Aerzten die Ueberzeugung der ordnungsmässigen Beschaffenheit der Apotheken zu geben.

Ein Entwurf einer Verordnung, die Reorganisation der Apothekergesetze, schliesst sich an.

Tit. I. Vom Apothekenwesen überhaupt. Ganz im Sinne der vorstehend mitgetheilten Ansichten entworfen.

Tit. II. Von den Apotheken-Instituten. Concessionen für neu anzulegende Apotheken sind nur persönliche, doch nur wenn der Staat sich nicht für die Errichtung der Staats-Apotheken erklären würde, sie sollen nicht vererbbar und nicht veräusserlich sein. Wir bemerken, dass dann über kurz oder lang aufs neue Klagen über die schlimme Lage der Familien nach dem Tode der concessionirten Apotheker hervortreten würden und halten es für besser, dass alle Apotheken als Eigenthum in die Hände der Besitzer übergehen und das Ministerium den veröffentlichten Entwurf festhalte, da die geringe Summe, welche die Regierung dem Anscheine nach verlangt, jeder solide Pharmaceut als hypothekarisches Darlehn erhalten wird, der Staat aber keine derartige Geschäfte übernehmen sollte. §. 20 steht mit §. 18 im Widerspruche, wenn §. 18 sagt: die Concession soll kein Gegenstand der Veräusserungsvererbung sein, denn die Concession hat ja nur zu gelten, sobald sie ausgeführt ist, die blosse Erlaubniss darf natürlich nicht veräusserlich sein: denn in §. 20 heisst es wieder, dass die Apotheke, wenn sie einmal eröffnet sei, veräusserlich und vererbbar sein solle, wie wir es wünschen. Ein Widerspruch ist offenbar vorhanden, namentlich mit den Aeusserungen, dass alle neuen Apotheken Staatseigenthum sein sollen, worauf sich unsere obigen Bemerkungen beziehen. War dieses des Verfassers Meinung, so müsste diese auch in der Apotheker-Ordnung festgehalten werden, wir theilen sie aber nicht.

Tit. III. Pflichten des Apothekerstandes.

Tit. IV. Erziehung und Ausbildung.

Tit V. Ueberwachung des pharmaceutischen Wirkungskreises.

Tit. VI. Subsistenzmittel für den Apotheker.

Hier sagt §. 7: Der erwähnte Schutz giebt den bestehenden Apothekern, (muss wohl heissen: den jetzigen Apothekern oder nur den Apothekern überhaupt) nie das Recht, seine Permanenz zu beanspruchen und gegen das Entstehen neuer Apotheken zu remonstriren. Ein solches Recht dem Apotheker abzuschneiden, würde hart sein, seine Einreden müssen gehört und geprüft werden, sind sie nicht haltbar, so kann man sie verwerfen, aber das Recht des Einspruchs darf man, um der Gerechtigkeit willen, nicht verweigern.

Dieses Schriftchen, dem eine mehr natürliche weniger geschraubte Sprache zu wünschen, beweiset, dass es dem Verfasser ein rechter Ernst war mit seinen Reformvorschlägen und dass er dabei mit vieler Umsicht und Erfahrung zu Werke gegangen ist. In den meisten Punkten müssen wir uns mit ihm einverstanden erklären, wir können es aber nicht mit der Herstellung der Staats-Apotheken. Wir vermissen Vorschläge wegen der Dispensation der Thier- und Zahnärzte, wegen Ausbietung geheimer Arzneimittel; die Revision der Apotheken muss unserer Ansicht nach, öfters besser alle 2—3 Jahre als alle 6 Jahre geschehen. Was die Taxe anlangt, so müssen wir bekennen, dass wir es für sehr wünschenswerth halten, wenn man einmal von der Procententaxe abgehen wollte, um so den Apotheker mehr frei zu machen vom merkantilischen Standpunkte, der niemals förderlich für seine wissenschaftliche Stellung sein kann. Wie das geschehen könnte, dazu sind von ausgezeichneten Apothekern, als Westrumb, Geiger, Razen, Probst schätzbare Grundlagen vorhanden, die der Recensent in seiner Schrift »die preussischen und sächsischen Arzneitaxe« gewürdigt, aus dem Standpunkte rationaler Pharmacie besprochen hat, nur die von Probst ist neuern Datums, aber sehr beherzigenswerth. Diese Umlenkung hat ihre Schwierigkeiten, aber sie ist ausführbar, zumal die Pharmacie jetzt viele befähigte ausgezeichnete Männer sowohl innerhalb als ausserhalb des preussischen Staates hat, welche diese Schwierigkeiten zu überwinden wissen werden. Das Ministerium sollte einmal eine Preisaufgabe der Art aufstellen, es würde an Versuchen zur Lösung nicht fehlen. Dem Verfasser sagen wir Dank für seine Arbeit und wünschen ihm zum Lohne die Concession zu einer veräusserlichen und vererblichen Apotheke da, wo solche nöthig ist und bestehen kann.

Dr. L. F. Bley.

Kritik über das Werkchen des Herrn Apothekenbesitzers R. Körber in Posen, betitelt: »Gegenwart und Zukunft der Pharmacie, oder Ansichten über die Reform des Apothekenwesens. Posen 1850«;

von

Friedrich Abl,

k. k. Feldapotheken-Senior.

Non numeranda, sed ponderanda sunt argumenta!

Ich habe, mit Hinweisung auf meine bereits abgegebene Erklärung, in dieser meiner Kritik über das hier oben benannte Werkchen zwei Beweisgründe nachzuweisen:

1) dass die mit Mühe und grossen Opfern der einzelnen Apotheker

errungene wissenschaftliche Ausbildung bei der Pharmacie in Preussen, durch die obige beantragte Reform gefährdet werde; und

2) dass dieselbe Reform ganz geeignet sei, den Apothekerstand in Preussen zu demoralisiren.

Um diese zwei Beweisgründe — unbeachtet der übrigen Gebrechen, welche dieses Werkchen hat — herzustellen, will ich mich an nachweisbare Thatsachen halten, und so viel als möglich alle Persönlichkeit vermeiden.

Ich beginne daher meine Kritik bei den Grundfeilern, mit Seite 13 Zeile 6 von unten, bei der angerathenen Abschätzung, ohne deshalb die Ansichten des Herrn Verfassers von Anfang bis Seite 13 zu übergehen. Siehe S. 13 Z. 6 v. u.:

Abschätzung der Apotheken und Berechnung des Gesamtwertes aller preussischen.

Ich hatte das Vergnügen, Herrn Schacht als einen tüchtigen und ehrenwerthen Fachgenossen am Congress in Leipzig 1848 kennen zu lernen, und erkläre dennoch, dass seine schön anzusehenden theoretisch aufgestellten Berechnungen von Apotheken-Abschätzungen mit der Wirklichkeit nicht immer übereinstimmen. Ebenso wenig Uebereinstimmung mit der Wirklichkeit haben die aufgestellten Theorien des Herrn Körber.

Eine Apotheke nach dem Umsatz der letzten fünf Jahre abschätzen, ist ein Unsinn, welches sich beweisen lässt:

Z. B. eine im elendesten Zustande befindliche Apotheke, — d. h. mit Stellagen, die nicht einmal zu Brennholz mehr taugen, mit den elendesten Gefässen und mangelhaftesten Requisiten, Wagen, Kesseln etc., die nur als Bruchkupfer, Bruchmessing, Bruchglas etc. zu verwerthen sind, und an Arzneimaterialien (mit Ausschluss der Apotheke) gar keinen Vorrath, weder in der Arznei-Materialienkammer, Aquarium, Vegetabilienboden etc. hat — macht aber durch eben obwaltende Umstände einen 5jährigen durchschnittlichen Umsatz von jährlich 7500 Thaler.

Eine andere Apotheke hat ganz neue Stellagen-Einrichtungen von lichtem hartem Fladerholz, emailirte und eingebrannte Signaturen auf den Schubladen und mit Porcellanknöpfen, facetirte Pulvergläser mit gut eingeriebenen Schwammstöpseln und eingebrannten Signaturen, ebenso zweckmässig die Standflaschen und die Tincturen-Flaschen etc. Die Salben- und Extractgefässe von Porcellan mit eingebrannten Signaturen etc. Eine grosse Auswahl fein cimentirter Waagen, Kessel, Pfannen, Beindorf's Apparat etc. Nebst dem einen werthvollen Arzneimittelvorrath in der Materialkammer, Aquarium, Vegetabilien etc. Aber diese musterhaft eingerichtete Apotheke macht durch eben obwaltende Umstände einen 5jährigen durchschnittlichen Umsatz leider nur von jährlich 2000 Thlrn. (Ganz abgesehen von der irrigen Abschätzung der Wohnungen und deren Einrichtungen, und jener der Grundstücke; die im Kaiserstaat Oesterreich nach der Catastral-Bestimmung in acht Qualitätsclassen zerfallen.) Der erste Apotheken-Eigenthümer mit seinem Kram müsste lachen über die aufgestellte Abschätzung, und der zweite Apotheken-Eigenthümer würde weinen über diese aufgestellte Abschätzung.

Bleiben wir daher lieber bei dem apodictisch Praktischen, welches uns $2 + 2 = 4$ beweiselt, und vergeuden wir nicht die Zeit mit Auf-

stellung von Hypothesen, mit wenn und aber, hätte und könnte, sollte und dürfte, würde und müsste etc.

So lange die Apotheken-Eigenthümer in Preussen nicht gesetzlich: 1 Arznei-Inventar, 1 Geräte-Inventar und 1 Total-Geschäftsübersicht alljährlich ausweisen, wie es eine systematische pharmaceutische Buchführung *) mit sich bringt, ist eine offenbare Ungerechtigkeit bei den Apotheken-Abschätzungen unausweichlich, entweder zum Nachtheile des Staates oder der Privaten.

Denn ich kann einen Geschäftsumsatz von 7500 Thlrn. jährlich schon durch mehr als fünf Jahre machen, habe aber noch keine Evidenz, dass mir meine Leute entweder durch Unachtsamkeit oder Böswilligkeit, oder Nachlässigkeit oder Verschenken etc. alle Jahre einen grossen, nicht bezifferten Schaden verursachen. Ich habe keine Evidenz, was mir in einem Jahre z. B. bei 12 Pfd. Chinin bei der grünen Expedition in der Eile der Receptur ausgewogen wird etc. Ich habe keine Evidenz, was durch Mangel an Sorgfalt dem Receptarius und dem Defectarius verdirbt etc. Würde ich aber durch eine verlässliche Geschäfts-Evidenz alle diese eben angeführten Gebrechen überwachen, rügen, oder durch verlangten Schadenersatz strafen können, so hätte sich mein Geschäftsumsatz jährlich auf beiläufig 9000 Thlr. erwiesen. Das sind doch Argumente, die keiner weiteren Beweisführung bedürfen.

Ihnen, meine Herren Collegen in Preussen, fehlt, so wie in vielen anderen Ländern, eine systematische pharmaceutische Buchführung, wodurch allein der Werth, sowohl der grössten als kleinsten Apothekengeschäfte schnell und sicher ermittelt werden kann.

Ich könnte sagen: »Nachdem die Abschätzung der Apothekengeschäfte durch Ihre aufgestellten Hypothesen ganz unverlässlich ist, zerfällt Ihr Reformplan ohnehin in ein Fragezeichen?« Nein! das sage ich nicht, sondern ich folge Ihnen weiter.

S. 17 Z. 9 von unten: »Die Apotheken werden Eigenthum des Staats.« Nachdem der Werth der Apothekengeschäfte und der dazu gehörigen Grundstücke (nach Ihrer Meinung?) ermittelt ist, werden »Rentenscheine« im ganzen Betrage angefertigt, deren Sicherheit der Staat garantirt, ähnlich wie dies bei anderen Rentenscheinen neuerer Zeit statt findet. Diesen Scheinen sind Zinscoupons beigelegt zu 4, 4½ und 5 Procent.

S. 18 Z. 1.: Was die Sicherheit dieser Scheine anbelangt, so ist diese der, welche Eisenbahnactien, die auf Chausseen, Prämienscheine der Seehandlung basirten, dergleichen Staatspapiere bieten, bei weitem vorzuziehen.

Hier wollen wir uns ein Wenig aufhalten; die neueste Zeit hat es erwiesen, und die Gegenwart erweist es noch, dass Staatspapiere, deren Sicherheit der Staat garantirt, einem fürchterlichen Agiotage unterworfen waren und noch sind. (Es wäre überflüssig, ausführlicher zu sein, da jedem Gebildeten die Geschichte der Gegenwart bekannt ist. Auch dürfen wir darüber redliche und praktische Banquiers als competente Richter sprechen hören.) Auch scheint Herr Körber diese Wahrheit selbst zu fühlen, weil er sagt: »dergleichen Staatspapiere wären bei weitem vorzuziehen«, werden aber aus ganz ein-

*) Siehe: Meinen Entwurf über pharmaceutische Buchführung im Archiv für Pharmacie, Julibest 1850, pag. 84. Abl.

fachen Gründen von dem Handeltreibenden nicht vorgezogen, wie es die Praxis erwiesen hat.

Aber angenommen, Ihre Berechnung wäre richtig, und es erschienen plötzlich 34,620,000 Thlr. Staatspapiere, — so viel glaubt Herr Körber für ausreichend zur Ablösung der 1400 Civil-Apotheken in Preussen, obschon im Jahre 1846 Preussen 1430 Civil-Apotheken hatte, wie ich es gleich genau nachweisen werde — so geht es diesen Staatspapieren, wie den grossen Waaren-Zufuhren am Markte: »je grösser die Menge eines Verkaufsartikels, desto gedrückter oder niedriger der Preis; und je geringer die Menge eines Verkaufsartikels, desto geschraubter oder höher der Preis.«

Dass aber Preussen schon im Jahre 1846 wirklich 1430 Civil-Apotheken hatte, und sich die Civil-Apotheken vom Jahre 1822 bis 1846 um 200 Apotheken vermehrten, wollen Sie aus folgender Tabelle erschen.

Provinz.	Im Jahre.	Bevölkerung.	Apotheken.
Preussen . . .	1822	1,795,510	151
	1846	2,499,413	590
Posen	1822	958,806	77
	1846	1,364,399	93
Brandenburg .	1822	1,430,129	182
	1846	2,066,993	198
Pommern . . .	1822	800,738	84
	1846	1,165,073	100
Schlesien . . .	1822	2,194,793	146
	1846	3,056,809	176
Sachsen . . .	1822	1,313,090	170
	1846	1,742,452	187
Westphalen .	1822	1,139,595	151
	1846	1,445,719	175
Rheinland . .	1822	2,031,526	262
	1846	2,763,080	311
<hr/>			
Im ganzen Staate	1822	11,664,133	1232
	1846	16,112,938	1430.

Die Zahl der Apotheken hat sich in allen diesen Provinzen, jedoch nicht immer in gleichem Verhältnisse mit der Bevölkerung, vermehrt.

Die Vermehrung der Apotheken binnen 24 Jahren war in der Provinz Preussen am zahlreichsten.

In Berlin waren im Jahre 1822 bei 209,146 Einwohnern 28 Apotheken und im Jahre 1846 bei 408,502 „ 34 „ folglich ein Zuwachs von sechs Civil-Apotheken.

Dass es vortheilhafter gewesen wäre, schon lange der Pharmacie in Preussen auch die ihr gebührende Selbstvertretung bei allen Behörden zu gewähren, wird von keinem Sachkundigen bezweifelt, es wären keine Apotheken-Concessionen ins Leben getreten, deren Eigenthümer ihre Existenz — zur Schmach der Pharmacie — mit dem Verkauf von Häringen, Thonpfeifen etc., wie es in Hinterpommern und Posen der Fall ist, sichern müssen. Ein umsichtiger, redlicher und talentvoller Pharmaceut als Referent, hätte durch Verbesserung der Gesetze für Errichtung der Filial-Apotheken, (wie Nassau, Hessen-Kassel, Württemberg *), Baiern und Hannover) das Wohl des leidenden

*) Der Entwurf einer Apotheker-Ordnung für das Königreich Wür-

Publicums, den Existenzbestand des Apotheken-Eigenthümers und die wissenschaftliche Hebung der Pharmacie zu vereinigen gewusst; besonders da Preussen an solchen ausgezeichneten Pharmaceuten keinen Mangel hat.

S. 24 Z. 19 von unten kommen wir zum Plan, wo und wie die Central-Apotheken, dann die Haupt-Dispensir-Anstalten und die Dispensir-Anstalten errichtet werden sollen; und Seite 27 zu dem dabei anzustellenden Personale.

A.

Bei jeder von den 10 Central-Anstalten:

	Nach Hrn. Körper	Vorläufig von mir angenom- men Thaler.
a) 1 Director mit jährlichem Gehalte	2000	2000
1 Secretair mit jährlichem Gehalte	300	?

(Soll dieser Secretair ein approbirter Apotheker sein? soll er zeitlebens mit 300 Thlr. besoldet bleiben, eine Besoldung, die man einem Abschreiber, aber kei-

Latus 2300 2000

temberg, beraten von vielen Herren Pharmaceuten im Jahre 1849, sagt im §. 15.: »Concessionen von Filial-Apotheken werden nicht mehr ertheilt, und ist auf allmälige Aufhebung der vorhandenen Bedacht zu nehmen.«

Die §§. 22 und 23 verlangen aber Folgendes: »Aerzte, Wund- und Thierärzte haben sich des Dispensirens von Arzneimitteln gänzlich (sic!) zu enthalten. Für Fälle der Noth können an Orten, welche ziemlich (wie weit denn?) entfernt von einer Apotheke sind, kleine Vorräthe (wie viel denn?) von passenden Arzneimitteln (von welchen denn?) auf Gemeinderechnung (wo? in welchem Locale?) gehalten werden, welche die nächst gelegenen Apotheker zu liefern und zu überwachen(?) haben, und über deren Anwendung in Nothfällen der Districts- oder Ortsarzt verfügen kann.« (Ohne Hinterlegung des Receptes.) — Heisst das Reform? —

Hier wird wieder eine Ausnahme von der im §. 22 gegebenen Regel »gänzlich zu enthalten« gemacht.

Die Herren Collegen in Württemberg haben den Grundsatz nicht im Auge behalten, dass der Apotheker nur Mittel zum Zweck und nicht Zweck selbst sei, dass das kranke Publicum und der Arzt nicht wegen des Apothekers, sondern dieser wegen jener vorhanden ist. — Auch wäre es sehr inhuman, wenn die Regierungen nicht dahin streben würden, dem kranken Publicum und dem Arzte nicht die bestmögliche Hülfe — ja wenn thunlich in jedem kleinen Orte — an tadelfreien Heilmitteln zu verschaffen. Zum Heilen bedarf man Heilmittel, und wenn der Arzt nicht Arzneien dispensiren soll, so muss die leichte und schnelle Benutzung der Heilmittel durch die Apotheken vorhanden sein; wozu für kleinere Orte die Filial-Apotheken als Gemeingut der Apotheken-Collegien, nach den von mir aufgestellten Principien im Archiv für Pharmacie, Septemberheft 1850, immer das Empfehlenswertheste bleiben.

Aus den obigen §§. 15. 22. und 23. der Würtemberger, habe ich gelernt wie man Reformen — nicht machen soll. Abl.

	Nach Hrn. Körper Thaler.	Vorläufig von mir angenom- men Thaler.
<i>Transport</i>	2300	2000
nem Secretair giebt, kann derselbe sich mit 300 Thlr. verehelichen *) und ehrlich leben?) Ich sage also . .	—	700
2 Eleven? welche Qualification diese Eleven haben sollen? was aus ihnen werden soll? und wie lange diese Eleven, Eleven bleiben? und ob sie sich selbst beköstigen müssen? damit kommt Herr Körper hinten-drein als hinkender Bote.		
1 Gehülfe. (Welche Qualification soll für diesen Gehülfen Hauptbedingniss sein, was soll mit ihm geschehen, falls er sich gut oder schlecht benimmt?) mit	300	400
b) Vorstand der Laboratorien jährlich	1200	1200
2 approbirte Apotheker à 700 Thlr. jährlich .	1400	1400
2 nicht examinierte Apotheker à 300 Thlr. jährlich	600	600
2 unbesoldete Gehülfen (deren jährlicher Gesellenlohn mit 150 Thlr. später erscheint.)		
6 Eleven (wovon 2 und 2 immer in einem möblirten Zimmer schlafen, — da von Holz zum Heizen, und Licht zum Beleuchten nichts gesagt ist — dafür können sie sich selbst atzen, kleiden etc.)		
4 Handarbeiter?! (Entweder weiss Herr Körper nicht, oder will er es nicht wissen, was 4 Arbeiter bei allem Fleiss, bei immerwährender Gesundheit, ohne Erholung, selbst mit bestem Willen nicht zu leisten vermögen, oder er hat einen unrichtigen Begriff von der Aufgabe seiner beantragten Central-Anstalt? sollen die 4 Arbeiter zuerst Wasser tragen, Holz spalten, Kohlen bringen, Kessel putzen etc., stossen, pulvern, sieben, beuteln, Kräuter, Rinden, Wurzeln schneiden etc. folglich sind, wenn selbst Beutelmachines, Präparirmühlen, Schneidemaschinen etc. angeschafft werden, 8 Handarbeiter kaum ausreichend; (ausser den 6 Eleven müssen auch Tagelöhner ohne Taglohn?) und der bestimmte Lohn à 120 Thlr. pr. Kopf.	480	
wovon er sich Wohnung, Holz, Licht, Nahrung, Kleidung, Wäsche etc. anschaffen muss, auch zu wenig.		
Darf ein solcher Arbeiter heirathen? Was geschieht, wenn er erkrankt, oder im Dienste plötzlich dienstuntauglich wird?		
Ich will also für 8 Arbeiter à 200 Thlr.**) pr. Kopf annehmen	—	1600
<i>Latus</i>	6280	7900

*) Die Ehe ist doch als eine moralische, physisch und rechtlich notwendige Einrichtung dargethan, die als Selbstzweck im Welt- und Staatsleben sich bethätigt. Abl.

**) Sollte mir Herr Körper den Vorwurf machen wollen, dass so ein Arbeiter dann 200 Thlr. jährlich Lohn, und ein unbesoldeter Gehülfe als angehender Naturforscher nur 150 Thlr. Almosen oder Gesellenlohn hätte; so würde ich mich damit entschuldigen,

	Nach Hrn. Körber Thaler.	Vorläufig von mir angenom- men Thaler.
<i>Transport</i>	6280	7900
c) 1 Vorstand des Waarenlagers jährlich mit . . .	1000	1000
2 approbirte Apotheker à 600 Thlr. jährlich mit	1200	1200
2 nicht examinierte Apotheker à 300 Thlr. jähr- lich mit	600	600
Wieder 2 unbesoldete Gehülffen (die hintendrein den Gesellenlohn von 150 Thlr. im Gnadenwege be- kommen, aber hier als unbesoldet stehen müssen) und 6 Eleven (wenn sie keine Mittel haben, so wären denselben die Eigenschaften des Kamels zur Bedingung zu machen), und 4 Arbeiter, für welche der bestimmte Lohn bei Herrn Körber in der Feder geblieben ist, da aber diese 4 Arbeiter in Ueberflus zu arbeiten haben, so wollen wir nach Herrn Körber à 120 Thlr. ich jedoch pr. Kopf à 200 Thlr. annehmen		
1 angestellter Maschinenmeister jährlich mit . . .	400	—
Da sind die Maschinenmeister in Preussen wohl- feil zu haben; oder: es ist vielleicht ein Maschinen- meister nur um 400 Thlr., angenommen		
Dem Maschinenmeister ist S. 29 Z. 10 von oben, 1 Arbeiter bewilligt, aber der Lohn für diesen Arbeiter ist im Tintenfass des Herrn Körber geblieben, also setzen wir auch für diesen noch	120	200

und nehmen an die ausgewiesene Summe . . . 10080 12100

Folglich würde die Summe nach meinem Voranschlag um 202 Thlr. jährlich bei jeder Central-Anstalt mehr betragen: d. i. 10 Central-Anstalten \times 12,100 Thlr. = 121,000 Thlr. nur für Besoldungen, ohne Wohnung und deren unausweichlichen Reparaturen, ohne Brennmaterial, Beleuchtung und nothwendige Manipulations-Requisiten etc., Canzleigeräthe, ohne die Erfordernisse zu den als verbindlich bestimmten Vorträgen über analytische Chemie, forensische Analyse (die bei uns in der polizeilich-gerichtlichen Chemie ist), allgemeine und pharmaceutische Chemie, Pharmakologie und Botanik *) etc.

Obschon die Obliegenheiten für die höher gestellten Beamten, als:

dass mancher Thürhüter, der kaum fertig lesen und schreiben kann, 400 fl. CM. jährlich bezieht, Wohnung, Holz und Licht hat etc., und der absolvirte Jurist als Praktikant hat die Ehre nach mehreren Jahren unentgeltlichen Practicirens gleich in die 300 fl. CM. zu kommen, wovon er sich die Wohnung, Holz, Licht bezahlen kann. Solche Uebelstände sind häufiger, als man selbe wünscht. Abl.

*) Wenn der Vorstand des Waarenlagers verpflichtet wird, in der Botanik so zu unterrichten, wie es diese wichtige Wissenschaft in der Gegenwart erfordert, so bedauere ich die preussischen Apotheker. Ausser, Herr Körber stellt sehr bescheidene Anforderungen auf das Studium der Botanik, welche ich viel höher gestellt habe; man sehe meinen Reformplan: Botanisches Studium in der Kritik §. 19. Prag 1850, bei Carl André. Abl.

Director, Vorstand der Laboratorien, Vorstand des Waarenlagers nur in einzelnen und viel zu flüchtigen Strichen bezeichnet sind, so ersehen wir, dass:

1) der Director die Oberaufsicht über das ganze Institut hat, er haftet (womit, mit welcher Caution?) für die fehlerfreie Beschaffenheit sämtlicher Arzneistoffe, hat Rechnung über deren Ein- und Ausgang zu legen, er hat das übrige Personal mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde anzustellen etc., (also nicht in *Terno* vorzuschlagen?) folglich sagt der Director bei einer Besetzung: »Ich Director ernenne Herrn O. oder E. zu dieser oder jener Stelle, und erbitte mir die Genehmigung«, worauf die Stelle den Bescheid ertheilt »Genehmigt«. So glaube ich Herrn Körber's Stilisirung aufgefasst zu haben. In dieser, wie bereits gesagt, zu flüchtig angedeuteten Obliegenheit des Directors ersieht Niemand, ob der Director, — der die Rechnung legen muss — den Arzneiwaaren-Ankauf selbst bezahlt, wie, womit und wodurch seine Amtscasse, und ob monatlich oder jährlich dotirt wird etc., wir erfahren nur, dass er für die fehlerfreie Beschaffenheit sämtlicher Arzneistoffe haftet, und dass er Rechnung zu legen hat. Für seine ausgedehnte Dienstcorrespondenz und Schreibereien ist ihm ein Secretair für 300 Thlr. jährlich — oder zu deutsch ein Abschreiber — bewilligt.

Nebstdem hat er zu unterrichten, wozu er sich doch vorbereiten muss, — *nota bene*, wenn er mit den Entdeckungen und Neuerungen seiner Lehrfächer Schritt halten will — ausser er leiert in der einzigen Stunde täglich seine drei Lehrfächer *) stereotyp herunter. Das competente Urtheil über dieses Rückschreiten in der Pharmacie überlassen wir den Herren fachkundigen Universitäts-Professoren.

Hat der Director die Arzneiwaaren-Ankäufe selbst zu bezahlen und zu verrechnen, so ist das von Herrn Körber unrichtig benannte Gespenst: »Das Geldinteresse des Apothekers als Wurzel so vielen Uebels« statt begraben, vielmehr grossartiger erzogen; denn die Gelegenheit ist zu lockend und verführerisch.

Die Demoralisation reissst ferner ein Loch in das Gerechtigkeits-Princip bei der Anstellung des Personals, das Protectionswesen und die Geldbestechungen, Nepotismus blühen, und werden so öffentlich betrieben, dass man es in allen Wirthshäusern laut und unverholen erklärt. *Exempla sunt odiosa, et veritas odium parit*. Wir wollen uns nur an Thatsachen halten, und gehen jetzt zum Herrn Vorstand der Laboratorien.

2) Der Vorstand der Laboratorien leitet das ihm zugewiesene Departement ganz entsprechend. Aber sein Personal ist noch nicht eingeschult, nicht eingeübt, nicht abgerichtet etc. und bei seinem besten Wissen und Gewissen wird ein Präparat entweder des Nachts durch die Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit des damit beauftragten unexamirten Gehülfen oder Eleven oder Arbeiters ganz unbrauchbar.

(Solche ähnliche Fälle sind doch jedem praktischen Apotheker vorgekommen?)

*) Gesetz, der mit fixem Gehalt angestellte Director hat keine Concurrrenz zu fürchten, und der Vortrag in seinen 3 Lehrfächern lässt — wie selbst bei Universitäts-Professoren zuweilen — alles zu wünschen übrig. Werden sich seine Schüler, (deren Brod oder Anstellung vom Director allein abhängt), darüber öffentlich beklagen?
Abl.

Wer zahlt den Schaden?

Mit dieser Frage kommen wir, ohne es zu wollen, auf den Rechtsboden. Es heisst:

- a. Wer ist der Beschädigende?
- b. und wer ist der Beschädigte?
- c. Was ist die Grösse des Schadens?
- d. Was sind die Ursachen des Schadens?
- e. Wo ist der Ersatz des Schadens?

Antworten:

ad a. Der Beschädigende ist Herr N, unbesoldeter Gehülfe, mit der Nachtspection im Laboratorium beauftragt, moralisch, fleissig etc.

ad b. Der Beschädigte ist der Staat, eine geschäftsunkundige moralische Person, sehr entfernt von dem Orte des Schadens etc.

ad c. Die Grösse des Schadens, ein Präparat für 11 Haupt-Dispensir-Anstalten im Werthe z. B. von 2000 Thlrn.

ad d. Die Ursachen des Schadens, keine absichtlichen und keine böswilligen, sondern nur in dem wichtigsten Augenblicke nicht die erforderliche Achtsamkeit.

ad e. Wer leistet den Schadenersatz; Herr N. ist gänzlich mittellos etc., wird daher vielleicht mit einem Verweis, oder einer Rüge, oder mit Profosenarrest, oder Entlassung bestraft; und der Staat hat den Schaden.

Da jedoch der Beschädigte im Orte nicht anwesend ist, so muss in *forma probante* eine gemischte Commission ernannt werden, ein Commissions-Befundprotocoll in *triplo* verfasst, das *Species facti*, die Erhebungen, Verhöre, Abschätzungen etc. aufgenommen, commissionell bestätigt, an den Staat gesendet, und um Passirung des nicht hereinzubringenden Schadens gebeten werden.

(Die Wirklichkeit und Möglichkeit eines solchen Ereignisses zieht kein Fachkundiger in Zweifel).

3) Der Vorstand des Waarenlagers hat den Bezug der Waaren zu besorgen, (also nicht zu kaufen oder zu bezahlen? vielleicht nur zu bestellen? oder über die bereits bestellten Waaren nur den Bezug — was wir hier Verfrachtung, Spedition nennen — zu besorgen?) dies ist nicht deutlich genug. Vielleicht die zweckmässigsten Wege, ob durch die Eisenbahn, Achse, Dampfschiffahrt etc. anzugeben?

Dieser Vorstand (den wir Expeditoren nennen) hat mit Hülfe des ihm untergeordneten Personals die Expedition der fertigen Arzneistoffe an die (soll stehen: in seinem Rayon zugewiesenen 10 — 11) Haupt-Dispensir-Anstalten, und die der Rohstoffe ins Laboratorium statt zu besorgen, nach Vorschrift abgeben zu lassen.

Dieser Vorstand erhält den Auftrag, seine ihm zugewiesenen 10 bis 11 Haupt-Dispensir-Anstalten vor Eintritt der rauhen Jahreszeit mit Heilartikel für den ganzen Winter zu versehen. Er lässt demnach vorgezeichnete Arzneiquantitäten nach der Station No. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 11 expediren. No. 1, 2, 3, 4, 5, 6 bestätigen den richtigen Empfang, No. 7, 8, 9, 10 und 11 melden, dass laut commissioneller Besichtigung und Befund, die Flaschen in der Kiste No. . . . zertrümmert, der Inhalt an rauchender Salpetersäure Alles verbrannt habe und ausgeflossen sei, bei einigen Packfässern durch Eindringen eines heftigen Gewitterregens die darin befindlichen Heilartikel unbrauchbar wurden, von dem Oelfasse seien beim Abladen die Reife abgesprungen und das Oel ausgeflossen etc.

Wer trägt hier den Schaden?

Eine Variation über Eduard und Kunigunde, wie bei No. 2. Gehen wir weiter.

Derselbe Vorstand sub No. 3 lässt Rohstoffe ins Laboratorium abgeben, der Arbeiter hatte einen grossen Steinkrug mit 20 Pfd. Nordhäuser Schwefelsäure aus dem Keller zu tragen; fällt, der Steinkrug zerbricht, die Schwefelsäure verbrennt theils den ungeschickten Arbeiter zum Krüppel und richtet zugleich durch die in der Nähe befindlichen Stoffe eine Verbrennung an.

Wer trägt hier die Versorgung des Arbeiters, und wer den entstandenen Schaden?

Dies ist jetzt eine Variation über Kunigunde und Eduard, wie sub No. 2.

Das sind alles Thatsachen, dessen Möglichkeit auch in Preussen statt haben wird; und woran kein Fachkundiger zweifelt.

Auch glaube ich, wenigstens in Kürze einige beachtenswerthe Punkte erwähnen zu müssen, denen die Pharmacie so manche schöne und sehr wichtige Erfahrungen zu danken hatte. Theils Liebe zum Fache, gepaart mit überflüssigen Geldmitteln, theils Ehrliche, Ehrgeiz, Ruhmsucht, Gewinnsucht, theils wirklicher reeller Drang mit grosser Aufopferung zur Verbesserung in der Pharmacie oder Chemie, haben zum Experimentiren veranlasst, die nach vielen und mühseligen Opfern die schönsten Resultate trugen.

Jetzt frage ich: »wird der Staat zur Bereicherung oder Erweiterung der Pharmacie als Kunst und Wissenschaft, alljährlich Summen zum Experimentiren auf's Ungewisse erfolgen lassen?« Auch dann, wenn die vorschriftmässige Verrechnung der angewiesenen Summen keine nutzbringenden Ergebnisse lieferten?«

Alle diese Fälle hat Herr Körber vielleicht bedacht, aber nicht approximativ mit Thalern beziffert.

S. 29. B. Die 58 Haupt-Dispensir-Anstalten, hat jede 1 Kreis-inspector mit jährlich 800 Thlr. und um die ihm zugewiesenen 25 Dispensir-Anstalten öfters des Jahrs inspiciren zu können, sind ihm »nothdürftigst« für Pferde, Wagen, Unterkunft, Zehrung etc. bewilligt jährlich 200 Thlr.

c. Dispensir-Anstalten.

In den beantragten 400 grösseren Dispensir-Anstalten ist in jeder 1 approbirter Apotheker mit 600 Thlr., 1 nicht examinirter Gehülfe mit 300 Thlr. Wieder 1 unbesoldeter Gehülfe, dessen Almosen später unter den jährlich 216,000 Thlrn. mitbegriffen ist. 1 Eleve und nur Ein Arbeiter mit dem Lohne jährlicher 100 Thlr. (Unbesoldeter Gehülfe und Eleve freuet Euch des Lebens, Ihr könnt fleissig Handlanger-Arbeit zur wissenschaftlichen Ausbildung verrichten.) Was in diesen 400 grösseren Dispensir-Anstalten der unbesoldete Gehülfe und der Eleve lernen? da die Arbeiten im Laboratorium ganz wegfallen, folglich kein Extract, Emplastrum, keine Tinctur, Salbe etc. gemacht wird, das weiss ich nicht.

Wenn die auf solche Art beantragten 400 grösseren Dispensir-Anstalten nicht alle wissenschaftliche Ausbildung gefährden, so müssen in Posen eigene pharmaceutische Ansichten obwalten. Wir, im Kaiserthume Oesterreich, nennen solche 400 grössere Dispensir-Anstalten, Krebsgänge, wo die wissenschaftliche Bildung rückwärts schreitet.

Ueber die obligate Buchführung bei diesen Anstalten wird auf später verwiesen, was wir Seite 40 finden.

Nun betrachten wir noch die Beschaffenheit der beantragten 1000 Dispensir-Anstalten, welche Herr Körber als die Panacee für das leidende Publicum betrachtet. In jeder von diesen 1000 kleineren Dispensir-Anstalten ist: 1 nicht examinirter Gehülfe mit 300 Thlr. und wieder 1 unbesoldeter Gehülfe. Und um die Ironie zur Hebung des Standes vollständig zu machen, sagt Herr Körber S. 30 Z. 6 von oben:

»Die Sorge für Reinigung des Locals und der Gefässe wird hier dem besoldeten Beamten übertragen, und ihm dafür eine Entschädigung von 50 Thlrn. bewilligt.«

Will Herr Körber noch den preussischen Gesellenbrief für die Apothekergehülfen in Kraft erhalten, der im Jahre 1801 mit der preussischen Apotheker-Ordnung ins Leben trat?

Heisst dieses bei Herrn Körber den Fortschritt der Pharmacie befördern? Oder dem Pharmaceuten als angehenden Naturforscher ehren? Oder aufrichtig für das Wohl der Kranken sorgen, indem man zugleich 1000 nicht examinirten Gehülfen Pflichten aufbürdet, wozu sie weder befähigt noch beeedet sind? indem Herr Körber pag. 38 selbst sagt: »dass der wissenschaftlich gebildete Apotheker im Orte mit seinem Wissen und umfangreichen Erfahrungen den einzigen Rathgeber macht!«

Gehen wir weiter.

S. 32 A. Verwaltung.

I. a. Drei pharmaceutische Mitglieder, welchen zugleich die Revision der Central-Anstalten abwechselnd übertragen werden könnte, jährlich pro Kopf ? Thlr.

b. Zwei Pharmaceuten der wissenschaftlichen Deputation jährlich pro Kopf. ? Thlr.

c. Die Zusammenstellung der Ober-Examinations-Commission lässt nichts zu wünschen übrig etc., und vier Zeilen darunter steht der »Widerspruch, was meines Erachtens ebenso gut, wenn nicht viel besser, durch Universitätslehrer geschehen kann« *), die sich die Erforschung eines Zweigs der Naturwissenschaft zur Aufgabe gestellt haben, als von einem Pharmaceuten, von dem ein so tiefes Eingehen nicht zu verlangen ist, von dem man vielmehr eine mehr allgemeine naturwissenschaftliche Bildung fordert.

II. a. Zwei pharmaceutische Mitglieder im Medicinal-Collegium mit Gehalt pro Kopf. ? Thlr.

b. Den Medicinalrathen bei den Regierungen ein Apotheker beigegeben mit Gehalt ? Thlr.

Da Herr Körber in seinem Antrage die, durch seine Reform sich ergebenden Auslagen aufzählt, so sollten auch die bei der Rubrik: A. Verwaltung anzustellenden Pharmaceuten als Beamte, mit ihren Besoldungen beziffert werden.

S. 35 Z. 8 von oben heisst es: »Die Militair-Dispensir-Anstalten könnten ihrer Form nach vollständig eingehen und die Arzneien für kranke Soldaten aus den Civil-Anstalten (?) für Rechnung des Regiments entnommen werden.« Hier fällt Herr Körber ganz aus dem Concepte, denn, nachdem pag. 17, Z. 9 von unten: »Die Civil-Apotheken Eigenthum des Staats werden«, so kann es dann nur Staats-Apotheken-Anstalten geben.

In demselben Abschnitte heisst es am Schlusse: »Die militairpflich-

*) Dass es besser durch Universitätslehrer geschehen könne, daran zweifelt kein denkender Pharmaceut.

tigen Pharmaceuten könnten dann die ersten unentgeltlichen Kräfte abgeben, unbeschadet ihrer Verpflichtung im Fall eines Krieges die Feld-Apotheke dem Heere nachzuführen etc.« (?) Dies ist so undeutlich stilisirt, als wenn sie die Feld-Apotheke dem Heere wirklich nachführen müssten; und wäre deutlicher, wenn es heissen würde: »im Falle eines Krieges sind die militairpflichtigen Pharmaceuten beordert, die dem Heere nachrückende (oder nachgeführte) Feld-Apotheke unter ihre Verrechnung, oder Verantwortung, oder Verwaltung, oder Obsorge, oder Aufsicht, auf eine entsprechende Art zu begleiten etc.

Aus allem diesem bis jetzt Aufgezählten ersehen wir, dass die Hauptstützen dieser angerathenen Reform keine Probe aushalten, dass nämlich

a. die Einlösungen der Apotheken-Geschäfte, nicht allein in Wirklichkeit eine viel höhere werden, sondern dass sie auch nicht grundhaltig seien.

b. Die nicht berechneten Auslagen viel mehr betragen, als dort angegeben ist.

c. Mehrere unvorgesehene Auslagen sub No. 2 und No. 3, und die Beamten sub A. Verwaltung gar nicht beziffert sind.

d. Die zu errichtenden Eintausend Dispensir-Anstalten, gegen das mit Weisheit erlassene Gesetz, von nicht examinirten Gehülfen versehen werden.

e. Die Ernennungen zu den Beamtenstellen dem Protectionswesen und der Bestechung Thür und Thor öffnen.

f. Die Arzneimaterialien-Ankäufe im Grossen, (das Geldinteresse des Apothekers, welches Herr Körber als das Uebel aller Uebel erklärt) ein Lockmittel und Verführungsmittel zur Demoralisation sind.

g. Ist den neu zu creirenden Beamten keine Rangstufe in der Beamtenclasse angewiesen.

h. Ist der Unkostenfond zur Transferirung der Beamten weder erwähnt, noch ermittelt.

i. Ist der Pensionsfond für die mehr als 3000 neu anzustellenden Beamten (und Arbeiter) nicht erwähnt, nicht ermittelt, nicht beziffert etc.

Auch wenn die Anstellung der Beamten selbst nicht allein dem Director überlassen bliebe, so reisst dennoch Protection und Nepotismus ein. Und dass bei Protection und Nepotismus zu oft der Würdigste übergangen, und der Untauglichste — zum Nachtheil des Dienstes und des Staates — und zur Erhaltung des Diensteifers seiner Mitcompetenten gewählt wird, davon, glaube ich, wird auch Preussen nicht ganz frei sein.

Betrachten wir jetzt noch die beantragten gebenedeiten Staats-Anstellungen:

Bei der Verwaltung sind Acht ehrenvolle Stellen ohne Gehaltsbestimmung zu besetzen, d. i.	8
und bei den 10 Central-Anstalten sind	70
besser besoldete Stellen, ferner bei den 58 grösseren Dispensir-Anstalten	116
Stellen zu besetzen.	

Zusammen 194 Stellen.

Um die 194 Stellen concurriren 1400 Gehülfen mit Gehalt à 300 Thlr., und 1400 Gehülfen zwar unbesoldet, aber doch mit 150 Thlr., macht ohne die Eleven 2800 Competenten.

Nimmt man mit Fug an, dass bei der ersten Besetzung für die vorzüglicheren 194 Stellen noch junge rüstige Männer gewählt

werden, die so häufig nach verkehrten Regierungsansichten wegen Ersparung der Pension und zum grössten Nachtheil der betreffenden Branche bis ins höchste Greisenalter in Activität bleiben, so vergehen wenigstens 25 bis 30 Jahre, bis einer von den befähigteren in der Tour aus seinen jährlichen 300 Thlr. befördert wird. Wie es dann mit der Lust zur Pharmacie und mit der reichhaltigen geistigen Nahrung aussieht, steht ganz im Widerspruche mit der Verheissung des Herrn Körper, Seite 35 Zeile 13 von unten.

Der Gehülfe philosophirt dann ganz einfach: »und wenn ich die Goldtinctur erfände, so avancire ich doch nur in der Tour, wozu soll ich mich plagen mit Studiren etc.«

Nachdem wir einstweilen diese Gebrechen dem Arbitrium des Lesers überlassen wollen, schreiten wir weiter.

Ich gehe jetzt zur vorgeschlagenen Buchführung für die beantragten Staats-Anstalten des Herrn Körper, wo der Herr Verf. beweist, dass er die nothwendige Sicherheit, welche der Staat für seine sehr grossen Auslagen fordert, gar nicht kennt.

Seite 41 Zeile 10 von unten heisst es: Die Buchführung (welche Buchführung?) wo finden wir diese mit Verlangen gesuchte Buchführung? vielleicht in Posen?

Das Seite 42 sub No. 4 angegebene Beispiel ist ein grossartiger Galimathias von allen verfehlten pharmaceutischen Buchführungen *).

Ich will nur flüchtig in das von Herrn Körper anempfohlene Formular noch einige Recepte eintragen.

Copia der No. 4.

	Dat.	℞	Quantum.			
			℥	℥	gr.	
Ammon. muriatic. . .	$\frac{A}{10}$	4.	—	1	—	
Tartar. stibiat. . . .	—	—	—	—	1	
Aqua sambuci	—	—	6	—	—	
Succus liquirit	—	—	—	3	—	
Linim. sapon. camph. unciam	—	—	—	—	—	wohin damit?
d.						
Spec. aromatic. libram d.	—	—	—	—	—	„ „ ?
Aqua laxativ. Vienn. unc. quatuor	—	—	—	—	—	„ „ ?
d.						
Dt. Pollin. f. lag. una. d.	—	—	—	—	—	„ „ ?
Electuar. lenitiv. unc. duas	—	—	—	—	—	„ „ ?
d.						
Pill. purgant. No. XX. d.	—	—	—	—	—	„ „ ?
etc. etc. etc.						

*) Ich habe alle bis 1850 erschienenen pharmaceutischen Buch-

Nehmen wir gering an, dass bei jeder von den 400 grösseren Dispensir-Anstalten monatlich nur 900 Recepte, d. i. täglich 30 Stück Recepte, vorkommen; nebstdem noch ein allgemeines Krankenhaus nur täglich mit 10 Stück Ordinations-Extracten zu versehen sei; dann lasse sich die preussische Regierung von Herrn Körber erklären, wie dann leicht, schnell und sicher zu jeder Stunde eine Controle bezweckt werden könne.

Nehmen wir ferner an, dass nur 400 Arzneiartikel verordnet werden, die wie Kraut und Rüben durcheinander geworfen sind, wo die Heilartikel in keiner alphabetischen Ordnung, sondern nach T, A, nach W, B etc. folgen. Nun, will man z. B. am Ende des Monats eine tägliche und summarische Verwendung von *Ammon. muriatic.* heraussuchen, so muss man wegen A alle 900 Recepte durchsuchen und notiren, und so bei allen Heilkörpern, und bei aller dieser mühseligen, zeitraubenden und geisttödtenden Arbeit, am Ende — noch keine Controle durch die von Herrn Körber angerathene Buchführung *).

Auch ist bei dieser von Herrn Körber empfohlenen Buchführung nirgends eine Rede, wie die consumptiblen Geräthe, als: Stöpsel, Gläser, Tiegel, Schachteln, Verbandpapier, Signaturen, Spagath, Papier, Holz, Licht etc., welche jährlich bei 1468 Anstalten verwendet werden, wie diese in Verrechnungs-Evidenz kommen? welches doch bei 1468 Anstalten keine Kleinigkeit ist, und worüber der Staat das Recht hat, einen systematischen Verrechnungs-Ausweis von jeder einzelnen Anstalt zu fordern.

Ferner ist über die Rechnungsrichtigkeit der 1468 Anstalten die Personal-Vermehrung der Sanitäts-Staatsbuchhaltung nicht gedacht, welches doch um ein Ansehnliches vermehrt werden müsste.

Jetzt will ich noch in Kürze die Widersprüche aufzählen, die ich in diesem Werkchen gelesen habe:

S. 9 Z. 1 tadelt Herr Körber die einseitige Prüfung der in die Apotheke Eintretenden, und erwähnt (mit Recht) des Einflusses einer guten Schulbildung, die sich auf das ganze Leben erstreckt etc.

Gleich darauf Zeile 7, tadelt er doch, dass der Apotheker-Congress zur gründlichen Beseitigung dieses erwiesenen Uebelstandes vorschlug, dass künftig die Eleven für Pharmacie das Gymnasium absolvirt haben müssten, weil etc.

Herr Körber verlangt, dass die Tyrones schöne Wissenschaften schon mitbringen sollen, will ihnen aber nicht gestatten, an dem dazu bestimmten Orte Gymnasien zu besuchen, wo sie dieselben auf vorgeschriebene Art erwerben können.

führungen kritisch beleuchtet, und durch den Druck der Oeffentlichkeit übergeben. Aber ich gestehe, von Cöln und von Posen aus, ist bis jetzt noch der grösste Unsinn über pharmaceutische Buchführung zu Tage gekommen. Abl.

*) Zu so einer Buchführung, wie Herr Körber anrath, gehören Vier Männer: einer, der sich dazu herbeilässt, diese Buchführung anzunehmen, zwei, die den Volontair halten, damit er nicht beim ersten Versuch gleich umfällt, und der vierte, der sich bereit erklärt, es ihm einzutrichern. Abl.

Ich sage besser, keine Tyrones und in Folge dessen keine Gehülfen, als Leute, die wegen Mangels an gründlicher wissenschaftlicher Bildung, an laxer Moral sich und Anderen zur Last fallen, und nicht geeignet sind die Pharmacie zu heben. Fordern wir bessere Elemente schon beim Tyro, so wird daraus viel gewisser ein achtungswerther Gehülfe. Behandeln wir den Gehülfen als väterlichen Freund, so ergiebt sich das Vehikel zur Hebung der Pharmacie auf eine Achtung gebietende Stufe, besonders wenn auch der Apotheken-Eigenthümer sein Schärfllein zur Beförderung der Pharmacie beiträgt (was leider zu häufig nicht der Fall ist), so wird jeder vernünftige Arzt es sich zur Ehre schätzen, mit einem solchen Pharmaceuten zu fraternisiren; und die Regierungen können und werden das Recht der Selbstvertretung der Pharmacie bei allen Behörden, wo über pharmaceutische Angelegenheiten verhandelt wird, nicht mehr entziehen.

S. 10 Z. 15 von unten wieder einige Widersprüche. „Der so häufige Mangel an Moralität bei dem Apothekenpersonal hat seinen Grund darin, dass ein Theil desselben den ungebildeten Ständen entnommen ist, in welchen die Lebensweise der Eltern, die Grundsätze der Erziehung, wenn diese überhaupt nach solchen statt gefunden hat, das frühzeitige In - die - Apothekeschicken der jungen Leute, um sich der Sorge für die Erhaltung derselben möglichst bald zu entschlagen, den Ursprung so vieler gemeiner Pharmaceuten begründen, die sich in anständiger Gesellschaft gedrückt fühlen und die das Kneipenleben allen übrigen Genüssen vorziehen.“

S. 35 Z. 2 von unten. „Den Nachweis einer gründlichen Gymnasialbildung kann eigentlich nur durch das *Testimonium maturitatis* geführt werden, und da diese allen denen durchaus unentbehrlich sind, welche sich mit dem höheren Theile der Naturwissenschaften beschäftigen sollen.“

Herr Körber tadelt den Apothekercongress wegen der bedingten gründlichen Gymnasialbildung bei den neu eintretenden Zöglingen, und verlangt hier dasselbe, was der Apothekercongress bestimmte.

S. 36 Z. 21 von oben. „Ferner wäre es gewiss zur Hebung der Standesehre förderlich, nur solche junge Männer in die pharmaceutischen Anstalten aufzunehmen, welche nicht bloss aufgewachsen, sondern wirklich erzogen sind.“

Haben wir am Apothekercongresse nicht dasselbe erörtert und beschlossen?

Die ganze Seite 38, von Zeile 1 von oben bis herunter Zeile 5 von unten, enthält ein halbes Dutzend Widersprüche, wo wissenschaftliche Qualificationen von den künftigen Pharmaceuten gefordert werden, die sie sich in allen den beantragten 1468 Körber'schen Anstalten nicht erwerben.

S. 49 Z. 19 von oben behauptet Herr Körber noch einen Widerspruch, mit seiner früher als unfehlbar erklärten guten Controle.

Aus allem diesem Vorerwähnten kann der preussische Staat leicht wahrnehmen, ob die Seite 43 aufgestellte „Berechnung“ stimmen könne. Ferner, ob die wissenschaftliche Weiterbildung nicht offenbar gefährdet, und die Demoralisation fürchterlich einreissen würde. Ich habe nicht die Ehre ein Preusse zu sein, bin bei dem Körber'schen Antrage ganz indifferent, ob diese Reformen ins Leben treten oder nicht, und es gehört kein Prophetengeist dazu, um zu behaupten, dass die Folgen

dieser angepriesenen Reformen ganz entgegengesetzter Art sein werden, als sie Herr Körber Seite 46 Zeile 10 von oben aufzählt.

Schliesslich bemerke ich noch, dass sich durch das ganze Werkchen ein gelber Faden zieht, der nur das Geldinteresse des Apothekers als die Wurzel so vielen Uebels erkennt. Als wenn die achtbarsten, ehrlichsten und besten Menschen, und gewiss auch Herr Körber, kein Interesse für das Geld — diesen *nervus rerum gerendarum* — hätten. Herr Körber wollte wahrscheinlich sagen: »der schmutzige Egoismus mancher Apotheker«, und reitet sich ganz wund auf dem Geldinteresse des Apothekers.

Herr Körber hat, weil er für die auf der Pharmacie lastenden Gebrechen, aufgezählt:

Seite 5 Zeile 14 von oben bis Ende, Seite 7 Zeile 13 von oben

„ 8	„ 13 von oben bis Ende,	„ 9	„ 8 von u. bis Ende
„ 10	„ 15 von unten bis Ende,	„ 11	„ 1 v. ob. bis Ende
„ 12	„ 1 bis 15 von oben,	„ 18	„ 14 bis 19 von oben
„ 41	„ 1 bis 7 von oben,	„ 42	„ 1 bis 4 von oben
„ 48	„ 1 bis 4 von oben,	„ 50	„ 6 bis 9 von oben

keine radikale Reformen anzurathen wusste, vorgeschlagen, den Knoten mit dem Schwerte zu zerhauen, um zu den vielen heilbaren Wunden in der Pharmacie noch eine tiefe Wunde zu schlagen.

Lässt zwar die Gegenwart der Pharmacie auch in Preussen viel zu wünschen übrig — was wir durchaus nicht verkennen und durch vereintes Streben zum Vortheil unserer Nachkommen anzubahnen hoffen — so würde sie nach Herrn Körber's Vorschlag gewiss eine sehr bedauerliche Zukunft gewähren, bei welcher auch die Mitlebenden in Mitleidenschaft gezogen würden.

Und wenn dieses Werkchen des Herrn Körber eine gütige Aufnahme und günstige Beurtheilung höheren Orts gefunden hat, und hochstehende Männer als incompetent wirklich diese vorgeschlagene Reform als eine Panacee für die klaffenden Wunden der Pharmacie betrachteten, so will das sehr wenig, ja gar nichts beweisen. Steht ja — gestehen wir es uns nur — ein grosser Theil unserer Collegen selbst auf einer so niedrigen Stufe wissenschaftlicher Bildung, dass sie als Fachkundige selbst nicht die Radicalcur für die Gebrechen der Pharmacie erkennen.

Uebrigens erkenne ich keineswegs, dass bei Herrn Körber mehr der gute Wille als die Leistung zu berücksichtigen ist. Der Wille war vielleicht gut, geleitet durch eine — wie er sagt — edle Absicht, aber die Leistung ein Hazardspiel, wo man baares Geld einsetzt und eine Niete gewinnt.

Die realen Reformen für Pharmacie sind nach meiner Ueberzeugung feste Elementarbildung, gepflegt durch moralische, gemeinschaftliche, wissenschaftliche Weiterbildung und collegiale Eintracht, geschützt durch Selbstvertretung der Pharmacie bei allen Behörden, wo pharmaceutische Angelegenheiten vorkommen. Und diese Ansichten habe ich in meinem Reformplan *) für die Gesamtpharmaecie niedergeschrieben, und empfehle ihn der Beurtheilung aller wissenschaftlich gebildeten Collegen.

*) Prag, Verlag bei Carl André.